

STATEMENT OF THE INTERNATIONAL LESBIAN AND GAY ASSOCIATION (ILGA)

CSCE Human Dimension Seminar, Warsaw, 16-20 November 1992

Final Plenary, 20 November 1992, delivered by Kurt Krickler

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Mein Name ist Kurt Krickler, und ich bin hier als Vertreter der *International Lesbian and Gay Association (ILGA)*, eines Zusammenschlusses von mehr als 400 Lesben- und Schwulenorganisationen aus aller Welt.

Es freut mich, daß bei den Erörterungen der Frage der Toleranz, der Nichtdiskriminierung und der Akzeptanz von Minderheiten auf dieser Tagung auch die Anliegen homosexueller Menschen zur Sprache gekommen und nicht - wie sooft "vergessen" worden und unter den Tisch gefallen sind. Ebenfalls freut mich, daß diese Anliegen nicht nur von mir angesprochen worden sind, der ja sozusagen in eigener Sache spricht, sondern auch von mehreren Vertreterinnen und Vertretern der offiziellen Delegationen, speziell aus jenen Ländern, die in ihrer nationalen Nichtdiskriminierungspolitik sehr fortschrittlich sind und die Frage der sexuellen Orientierung darin bereits eingeschlossen haben.

Wie ich bereits in meinem Beitrag in der Diskussionsgruppe III festgestellt haben, gibt es für uns keine Hierarchie der Menschenrechte und auch keine Priorität in ihrer Durchsetzung. Das Recht jeder Person, in Übereinstimmung mit ihrer sexuellen Orientierung bzw. Identität zu leben, ohne aus diesem Grund irgendwelchen Diskriminierungen ausgesetzt zu werden, ist genauso ein Menschenrecht wie jedes andere. Es gibt keinen vernünftigen und in einer demokratischen und freien Gesellschaft akzeptablen Grund, Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung weniger zu achten als Intoleranz und Diskriminierung, die sich z. B. auf das Geschlecht, die Hautfarbe, Religion oder ethnische Herkunft einer Person begründen. Die Menschenrechte sind unteilbar.

Intoleranz gegen homosexuelle Frauen und Männer hat in unseren Gesellschaften tiefe Wurzeln und eine lange Tradition. Sie beruht auf jahrhundertalten Vorurteilen. Lange Zeit wurde Homosexualität als Sünde, als Krankheit oder als Verbrechen angesehen. Zum Teil geschieht dies auch heute noch. Obwohl diese Vorurteile in vielen Ländern ständig abgebaut werden, bestehen sie in anderen ungebrochen weiter. Wir haben in den Arbeitsgruppen gehört, daß die Ursachen für die Formen der Intoleranz und Diskriminierung vielfältig sind und daß uralte Vorurteile bei den Menschen nicht per Gesetz, per Dekret abgeschafft werden können.

Die Bedeutung sachlicher Aufklärung und Information, der aktiven und offenen Auseinandersetzung mit den angesprochenen Problematiken, der Schaffung eines entsprechenden Bewußtseins in der breiten Bevölkerung wurde auch auf diesem Seminar immer wieder hervorgehoben. Dennoch bedarf es auch gesetzlicher Maßnahmen, um eine Bewußtseinsänderung in der Bevölkerung herbeizuführen. Niemand kann wohl erwarten, daß die Menschen ihre Vorurteile gegenüber homose-

xuellen Mitbürgern und Mitbürgerinnen abbauen, wenn durch bestehende Strafgesetze homosexuelle Menschen kriminalisiert werden und damit die Vorurteile ihnen gegenüber zementiert werden.

Es besteht also eine klare Wechselwirkung zwischen der Gesetzgebung und dem Bewußtseinsstand und damit den Einstellungen und Haltungen der Allgemeinbevölkerung gegenüber Minderheiten. Bemühungen um Veränderungen in Richtung mehr Toleranz, mehr Gleichheit, Gleichberechtigung und Gleichstellung müssen daher in beiden Bereichen ansetzen: in der Gesetzgebung und bei der Aufklärung der Bevölkerung. Gesetzgebung hat darüber hinaus ja auch Signal- und Programmfunktion, insbesondere gerade in Fragen der Menschenrechte.

Die *International Lesbian and Gay Association* erlaubt sich daher, an alle KSZE-Staaten, in denen Homosexualität noch völlig verboten ist, zu appellieren, dieses Verbot aufzuheben, zumal ein solches auch nach Ansicht und nach den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt.

Die ILGA möchte auch all jene Länder, in denen andere diskriminierende Sondergesetze gegen homosexuelle Frauen und Männer bestehen, einladen, diese Gesetze ersatzlos zu streichen, wobei es sich ja um eine Forderung handelt, die bereits die Parlamentarische Versammlung des Europarats sowie das Europa-Parlament erhoben haben.

Des weiteren hoffen wir, daß die KSZE-Staaten auch in anderen Bereichen als dem Strafrecht für gleiche Rechte für homosexuelle Bürger und Bürgerinnen sorgen werden, denn - wie bereits erwähnt - Toleranz und Nichtdiskriminierung können nicht durch aufklärerische und erzieherische Maßnahmen allein erreicht werden, sondern müssen durch entsprechende gesetzliche Signale abgestützt werden.

Wir hoffen, daß die Frage der Menschenrechte und Nichtdiskriminierung homosexueller Menschen auch weiterhin im Rahmen des KSZE-Prozesses erörtert wird und daß sich die Teilnehmerstaaten entschließen werden, den Schutz ihrer homosexuellen Bürger und Bürgerinnen vor diskriminierender Behandlung als eine ausdrückliche Verpflichtung im Rahmen der KSZE anzunehmen.

Ich möchte mich auch dem Dank meiner NGO-Vorredner anschließen und den Organisatoren dieses Seminars nicht nur für ihre Arbeit danken, sondern auch dafür, daß es den NGOs ermöglicht worden ist, gleichberechtigt an dieser Tagung teilzunehmen. Vielen Dank!